

Dr. Dorothea Holleck
Am Fasanenhof 35
34125 Kassel

Hessisches Kultusministerium
Herr Minister Prof.Dr.R. Alexander Lorz

Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Betr.: Ihren Glückwunsch zu meinem 70. Geburtstag

Sehr geehrter Herr Minister Prof. Dr. Lorz,

über Ihren Glückwunsch und Ihre guten Wünsche zu meinem 70. Geburtstag habe ich mich gefreut. Besonders gut getan hat mir, dass Sie schreiben: „Die besten Grüße zu Ihrem Geburtstag möchte ich mit großem Dank für Ihren jahrelangen pflichtbewussten und treuen Einsatz im Schuldienst verbinden.“

Tatsache ist aber auch, dass ich bis heute fälschlich als „Extremist“ und „Verfassungsfeind“ gelte.

Infolge des sogenannten Radikalenerlasses durfte ich 1982 meine Beamtenstelle am Grotefend Gymnasium in Hann. Münden nicht antreten und erhielt Berufsverbot. Auch eine mir zum 01.02.1983 zugewiesene Beamtenstelle in Hessen wurde mir mit dem Hinweis auf „Erkenntnisse“ aus Niedersachsen verwehrt. Nach Anhörung im Regierungspräsidium Kassel und einem „persönlichen Gespräch“ mit dem damaligen Kultusminister Hans Krollmann, durfte ich von März 1983 bis Oktober 1984 auch nur als angestellte Lehrkraft tätig sein. Erst im Oktober 1985 wurde ich in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übernommen.

Dieses Unrecht erlebe ich nach wie vor als unerträgliche Kränkung. Seine seelischen Auswirkungen sind mir nicht möglich zu verdrängen. Darüber hinaus muss ich bei meinen Pensionsbezügen erhebliche Einbußen in Kauf nehmen.

Besonders schmerzt mich aber die Tatsache, dass im gleichen Zeitraum meines Berufsverbots der damalige Direktor des Grotefend Gymnasiums, Karl-Heinz Kausch mit 10%-tiger befristeter Gehaltskürzung wieder in sein Amt gesetzt wurde, obwohl ihm die Verharmlosung der Nazizeit sowie zumindest die Duldung der aktiven Beeinflussung von SchülerInnen im Sinne der Leugnung des Holocaust durch seinen Kollegen Heiner Luthardt gerichtlich nachgewiesen wurde.

Am 28. Januar 2022 jährt sich der „Radikalenerlass“ zum 50. Mal. Er ist bis heute bundesweit und auch in Hessen nicht offiziell aufgehoben. Seine Auswirkungen sind bis heute deutlich spürbar.

Ich bitte Sie daher, sich persönlich dafür einzusetzen,

- dass dieser Erlass in Hessen und bundesweit offiziell aufgehoben wird
- dass die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um alle davon Betroffenen vollumfänglich zu rehabilitieren und zu entschädigen
- dass die Folgen der Berufsverbote und ihre Auswirkungen auf die demokratische Kultur wissenschaftlich aufgearbeitet werden

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dorothea Holleck